

Seit Anfang Januar überschlagen sich die Ereignisse in Syrien. Nachdem die Truppen der syrischen Übergangsregierung am 6. Januar mit einer Militäroperation gegen die mehrheitlich kurdischen Stadtviertel Aschrafija und Scheich Maksud in der nordwestlichen Metropole Aleppo begonnen hatten, entfalteten sich die Kämpfe in den vergangenen zwei Wochen zu einem vollumfänglichen Krieg zwischen der Demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens (Democratic Autonomous Administration of North and East Syria, DAANES) und dem von der islamistischen Miliz Haiat Tahrir Al-Scham (HTS) geführten Regime in Damaskus. Trotz eines am Tag zuvor erreichten Abkommens über einen Teilabzug der Demokratischen Kräfte Syriens (Syrian Democratic Forces, SDF) von der Westseite des Euphrats überfielen die Milizen der syrischen Übergangsregierung am 17. Januar abziehende Verbände der SDF und gingen entlang der gesamten Frontlinie zur Offensive über. Innerhalb kürzester Zeit gelang es der Regierung, weite Teile der selbstverwalteten Regionen im Norden des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Zurückgeworfen auf die mehrheitlich kurdischen Kerngebiete, kämpft das Projekt der Autonomieverwaltung nun ums Überleben.

Um die Hintergründe der aktuellen Eskalation besser zu verstehen, lohnt es sich, einen Blick auf die im vergangenen Jahr geführten Verhandlungen zwischen Damaskus und der DAANES zu werfen und dabei die allgemeinen politischen Veränderungen in der Region im Hinterkopf zu behalten. Denn der Krieg, der seit dem 6. Januar und trotz mehrfach erklärten Waffenstillständen auch aktuell mit aller Intensität weitergeführt wird, ist nicht nur die direkte Folge der gescheiterten Verhandlungen über die Eingliederung der nordsyrischen Selbstverwaltung in ein zu schaffendes einheitliches syrisches Staatswesen, sondern auch das Ergebnis veränderter Kräftegleichgewichte in der Region.

Neugestaltung des Nahen Ostens

Nicht erst mit dem Sturz des Assad-Regimes am 8. Dezember 2024 ist klar geworden: Der alte Status quo der Region ist ein für alle Mal passé. Die Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023 lieferten Israel und seinen Verbündeten nicht nur die öffentliche Rechtfertigung für einen völlig entgrenzten Krieg im Gazastreifen, sondern ermöglichten Tel Aviv zugleich einen Rundumschlag zur Sicherung des östlichen Mittelmeers. Die israelische Teilinvasion im Oktober 2024 und der äußerst effektiv geführte Luftkrieg gegen die Hisbollah, einen der wichtigsten und schlagkräftigsten Verbündeten von Baschar Al-Assad, schufen günstige Bedingungen für die wenig später beginnende Offensive der Miliz HTS.

Der »Achse des Widerstands«, ein informelles Bündnis vom Iran gestützter bzw. mit dem Iran verbündeter Militärorganisationen, das die Aktivitäten gegen das US-amerikanische und israelische Engagement im Nahen Osten koordiniert und bündelt, war es zuvor in den Jahren des Kampfes gegen den IS gelungen, ihre Machtbasis in der Region auszubauen. Durch die Verhinderung des Sturzes Assads in den ersten Jahren der syrischen Revolution und durch die Stärkung des direkten militärischen Einflusses der schiitischen Milizen im Irak nach der Niederlage des IS konnte der Iran eine direkte Landverbindung zwischen Teheran und Beirut herstellen, die unter anderem die Versorgung der Hisbollah mit hochentwickelten Waffensystemen ermöglichte. Doch mit der Tötung des hochrangigen iranischen Generals Kassem Soleimani im Januar 2020 durch die US-Luftwaffe begannen die USA und ihre Verbündeten, den Druck auf die schiitischen Milizen zu erhöhen.

Der Mehrfrontenkrieg, mit dem sich die »Achse« seit dem Oktober 2023 vom Irak über den Libanon bis in den Jemen konfrontiert sah, schwächte auch in Syrien die Kampfkraft des Assad-Lagers. Dass die Russische Föderation aufgrund des Kriegs in der Ukraine nicht willens war, einen weiteren großen Konflikt in Syrien auszutragen, spielte der HTS-Miliz von Präsident Al-Scharaa (damals noch bekannt unter dem Kampfnamen Al-Dscholani) zusätzlich in die Karten. Im westlichen Lager hatte man sich derweil wohl schon seit geraumer Zeit auf einen HTS-geführten Regimewechsel in Syrien verständigt. So enthüllte die britische Tageszeitung *The Telegraph* Ende vergangenen Jahres, dass der nationale Sicherheitsberater des britischen Premierministers, Jonathan Powell, bereits 2023



Kurdische Kämpferinnen und Kämpfer der Syrischen Demokratischen Kräfte in Hassakeh im Nordosten Syriens auf dem Weg an die Front (24.1.2026)

Offensive gegen Kobani

Die syrische Regierung greift mit Deckung des Westens die kurdische Selbstverwaltung an. Eine Abkehr der USA von den Kurden hatte sich seit längerem abgezeichnet. **Von Tim Krüger**

einen geheimen Hintergrundkanal zwischen dem britischen Auslandsgeheimdienst MI6 und der damals noch als Terrororganisation eingestuften HTS aufgebaut hatte.

Dabei ging es der britischen Regierung nicht nur um Kontakte zu den künftigen syrischen Machthabern, sondern laut Robert Ford, dem ehemaligen US-Botschafter in Syrien, auch darum, Al-Scharaa »aus der Welt des Terrorismus herauszuholen und in die reguläre Politik zu bringen«. Die Recherchen des *Telegraph* werfen ein anderes Licht auf das spätestens seit dem Sturz Assads international stattfindende Rebranding Scharaas und seiner Gruppe. Dass man heute Al-Scharaa nicht nur in den westlichen Hauptstädten in Syrien, auch darum, Al-Scharaa »aus der Welt des Terrorismus herauszuholen und in die reguläre Politik zu bringen«. Die Recherchen des *Telegraph* werfen ein anderes Licht auf das spätestens seit dem Sturz Assads international stattfindende Rebranding Scharaas und seiner Gruppe. Dass man heute Al-Scharaa nicht nur in den westlichen Hauptstädten in Syrien, auch darum, Al-Scharaa »aus der Welt des Terrorismus herauszuholen und in die reguläre Politik zu bringen«.

Der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens dürfte wohl schon Anfang 2025 klar gewesen sein, dass man von westlicher Seite voll und ganz auf das neue syrische Regime setzen würde. Al-Scharaa selbst war Politiker genug, um zu erkennen, dass er sich nur an der Macht würde halten können, wenn er seine Außen- und Innenpolitik, aber auch die Wirtschaftspolitik an den unterschiedlichen Interessen der führenden Mächte des westlichen Lagers sowie einflussreicher regionaler Akteure wie der Türkei und Israels ausrichten würde. So überrascht es kaum, dass der neue syrische Außenminister Asaad Al-Schaibani auch dem jährlich in der Schweiz stattfindenden Weltwirtschaftsforum

(World Economic Forum, WEF) einen Besuch abstattete. Al-Schaibani skizzierte bei dem Stelldichein der Reichen und Regierenden dieser Welt die zukünftige Wirtschaftspolitik seines Landes und versprach lukrative Investitionsmöglichkeiten: Die noch unter staatlicher Kontrolle verbliebenen Wirtschaftszweige sollen privatisiert, die vorher abgeschottete Wirtschaft soll für ausländisches Kapital geöffnet werden.

Vom Islamisten zum Staatsmann

Wer beobachtete, wie sich schon wenige Wochen nach dem Namenswechsel von Al-Dscholani zu Al-Scharaa westliche Diplomaten in Damaskus die Klinke in die Hand gaben, konnten ahnen, dass das neue Regime nicht nur temporär an der Macht bleiben würde. Auch die damalige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) machte dem Dschihadisten bereits im Januar 2025 ihre Aufmerksamkeit. Natürlich nicht ohne vorherige Absprache mit dem türkischen Außenminister Hakan Fidan, mit dem sie einstimmig bereits am 20. Dezember 2024 – während von der Türkei finanzierte islamistische Milizen in die Gebiete der Selbstverwaltung vordrangen – die sofortige Entwaffnung kurdischer Verbände forderte. Es dürfte vor allem auch die Einsicht in diese veränderte Situation gewesen sein, die die Selbstverwaltung zu der Entscheidung bewog, mit der neuen syrischen Zentralregierung in Verhandlungen zu treten.

Konnten DAANES und ihre militärischen Kräfte in den 14 Jahren des syrischen Bürgerkriegs lange Zeit sehr erfolgreich von den Interessenkonflikten der verschiedenen regionalen und globalen Mächte,

die direkt oder indirekt auf dem syrischen Schlachtfeld miteinander rangen, profitieren, schränkte die sich ab Ende 2023 entwickelnde neue Situation die diplomatische Manövrierfähigkeit der Selbstverwaltung deutlich ein. Über all die Jahre hinweg verfolgten die der kurdischen Freiheitsbewegung nahestehenden Kräfte eine politische Linie, die sie selbst als »dritten Weg« bezeichnen. Gemeint war damit, sich im Kontext des syrischen Aufstandes weder auf seiten des alten Regimes und seiner Verbündeten noch auf die Seite der mehrheitlich islamistischen und von ausländischen Mächten gestützten Opposition zu schlagen. Die Selbstverwaltung unterhielt stets Beziehungen zu allen Seiten und verfolgte den Anspruch, die sich ergebenden Möglichkeiten »im Interesse der Völker der Region« zu nutzen. So koordinierten die SDF auf der Westseite des Euphrats ihre Operationen gegen den »Islamischen Staat« mit der Russischen Föderation, syrischen Regierungstruppen und auch schiitischen Milizen, während man auf der Ostseite des Euphrats als wichtigster Partner der US-geführten Internationalen Koalition die Hochburgen der Dschihadistenmiliz angriff.

Das Kräftegleichgewicht auf dem syrischen Schlachtfeld ermöglichte es der Selbstverwaltung, ihre Errungenschaften durch diplomatische und militärische Maßnahmen abzusichern und ihr Einflussgebiet bis weit über die unter ihrer Kontrolle stehenden kurdischen Kerngebiete auszuweiten. Spätestens 2024 war dieser Weg aber zu Ende. Das Memorandum, das am 10. März 2025 von dem Oberkommandierenden der SDF, Mazlum Abdi, und Ahmed Al-Scharaa in Damaskus unterzeichnet wurde, half zunächst, die Spannungen zu reduzieren und einen Rahmen für weitere Gespräche zu schaffen.

Das Abkommen, das eine Eingliederung der De-facto-Autonomieregion in den syrischen Staat bei gleichzeitiger Beibehaltung der bestehenden Verwaltungsstrukturen sowie zumindest auf dem Papier gleiche Rechte für alle Bevölkerungs- und Religionsgruppen des multiethnischen Landes vorsah, stellte für die Selbstverwaltung einen wichtigen Meilenstein dar. Nicht nur war das von beiden Seiten unterzeichnete Dokument eine erste formelle Anerkennung der Selbstverwaltung, auch legte die Absichtserklärung das Fundament für einen im April unter US-Vermittlung durchgesetzten landesweiten Waffenstillstand. Damit schwiegen nach 14 Jahren des Bürgerkriegs zum ersten Mal die Waffen, und die vor allem vom türkischen Luftkrieg in den vorangegangenen vier Jahren verwüsteten Gebiete Nord- und Ostsyriens konnten kurzzeitig aufatmen. Am 1. April konnte dann der Generalrat der mehrheitlich von Kurden bewohnten Stadtviertel Aschrafija und Scheich Maksud in Aleppo eine umfassende Einigung mit der von Damaskus

eingesetzten Stadtverwaltung erzielen. Die Viertel waren aufgrund ihrer exponierten Position inmitten der von der Regierung kontrollierten Stadt so etwas wie die Achillesferse der Selbstverwaltung, und schon kleine Auseinandersetzungen hätten jederzeit zum Auslöser für einen umfassenden Krieg werden können.

Friedensprozess

Zu den im März und April erreichten Abkommen muss allerdings gesagt werden, dass die Annäherung nur im Windschatten der in der Türkei stattfindenden Gespräche zwischen dem inhaftierten Vorsitzenden der mittlerweile aufgelösten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, und der türkischen Regierung zustande kam. Nachdem im Oktober 2024 der Vorsitzende der zur Regierungsbündnis gehörenden ultrarechten Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Devlet Bahçeli, eine vorsichtige Lösungsbereitschaft in bezug auf die kurdische Frage signalisierte, schien ein günstiges Klima für die friedliche Beilegung des jahrzehntelangen Konfliktes entstanden. Delegationen der prokurdischen linken DEM-Partei erhielten nach Jahren der Totalisolation wieder Zugang zu dem auf der Gefängnisinsel İmralı Inhaftierten, und am 27. Februar 2025 leitete Öcalan mit seinem öffentlichen Aufruf zur Waffenniederlegung und Selbstauflösung der PKK den Verhandlungsprozess offiziell ein.

Die PKK reagierte am 1. März auf den Aufruf ihres Gründers mit einem einseitigen Waffenstillstand und gab am 12. Mai, im Ergebnis ihres zwölften Parteikongresses, die Beendigung des bewaff-

ermöglichen, beharrte Damaskus, gestützt von der türkischen Diplomatie, darauf, dass zuerst die militärische Frage gelöst werden müsse; erst dann ließe sich über andere Themen diskutieren.

Diese Haltung zeigt deutliche Parallelen zur türkischen Position in den Verhandlungen mit Öcalan und der PKK. Auch hier beharrte der Regierungsbündnis seit Beginn des mehr als schwerfälligen Friedensprozesses zunächst auf der Entwaffnung der ehemaligen PKK-Kämpfer, bevor ein rechtlicher Rahmen für die Rückkehr der Militanten und verfassungsrechtliche Garantien für den Status der kurdischen Bevölkerung sowie Fragen der Lokalverwaltung erfolgen könnten.

Um die Bildung einer Kommission, die die kurdische Frage besprechen und mögliche Gesetzesentwürfe erarbeiten sollte, zu erreichen, musste die aufgelöste PKK sogar so weit gehen, dass sie im Juli des vergangenen Jahres eine symbolische Waffenverbrennungszeremonie abhielt. Erst dann war der internationale und inländische Druck angesichts der vielen unilateralen Schritte der kurdischen Seite groß genug, und die Regierung machte den Weg für die Gründung der überparteilichen Kommission frei. Doch bis heute, fast über ein Jahr nach dem offiziellen Beginn des Friedensprozesses, liegt weder der Abschlussbericht der Kommission noch ein erster Gesetzentwurf vor. Die Forderungen der türkischen Seite sind dabei die gleichen geblieben.

Nur ein Stück Papier

Vor diesem Hintergrund blieb auch das Memorandum vom 10. März nur ein Stück Papier. Folgt man den Aussagen der Selbstverwaltung, so war es vor

mehr als 1.500 Alawiten massakrierten, stand der syrische Präsident international und national massiv unter Druck. Es dürfte kein Zufall gewesen sein, dass der ehemalige Al-Qaida-Kämpfer genau in diesem Moment bereit war, weitreichende Zugeständnisse zu machen. Im Sommer entbrannte der Konflikt zwischen den Milizen der Regierung und drusischen Verbänden, Israel griff auf seiten der religiösen Minderheit ein und besetzte als vermeintliche »Schutzmacht« der Drusen weitere Teile des syrischen Südens. Im Moment der Schwäche und vermutlich, um Zeit zum Aufbau des eigenen Sicherheitsapparates und der Umstrukturierung der Armee zu gewinnen, setzte Al-Scharaa auf Dialog und Zurückhaltung gegenüber Nordsyrien.

Um die eigene Position zu stärken, bündelte sich die Regierung zusehends offensiver der USA an und versuchte, eine möglichst große Interessensüberschneidung herzustellen. So setzte die Regierung gegenüber Israel auf Dialog und Deeskalation, verschloss die Augen vor der schleichenden israelischen Besetzung des gesamten syrischen Südens und erklärte sich sogar bereit, über ein Sicherheitsabkommen mit dem südlichen Nachbarn zu verhandeln. Bereits im November 2025 berichtete die Nachrichtenagentur *Reuters* von Absichten der USA, im Umland von Damaskus eine permanente Luftwaffenbasis einzurichten. Die Pläne seien bereits am 12. September bei einem Besuch des US-Centcom-Kommandanten Brad Cooper in Damaskus diskutiert worden. Damaskus dementierte das, doch klar scheint, dass im Hintergrund über eine engere militärische Kooperation beider Staaten verhandelt worden ist. Im November dann bereiste Ahmed Al-Scharaa die USA und wurde als erster syrischer Präsident überhaupt im Oval Office empfangen. Donald Trump zeigte sich erfreut über die enge und gute Zusammenarbeit mit dem syrischen Präsidenten, den er bereits zuvor als »harten Typen« bezeichnet hatte. Trump erklärte, Al-Scharaa hätte zwar eine »schwierige Vergangenheit gehabt« – aber wer hätte das nicht.

Trump lobt

Besonders hob Trump Al-Scharaas Engagement für eine friedliche Übereinkunft mit Israel hervor und betonte, dass er in dieser Frage »einen tollen Job« mache. Tatsächlich leistete die neue syrische Regierung auch schon vor dem im Januar 2025 in Paris erzielten Geheimabkommen über die Sicherheitskooperation beider Länder einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit Israels. So ging die syrische Armee im vergangenen Jahr äußerst entschlossen gegen Waffenschmuggel an die libanesische Hisbollah vor. Anfang Dezember gratulierte der US-Admiral Brad Cooper sogar offiziell für das erfolgreiche Vorgehen bei der Isolation der libanesischen Partei. Mit dem im Nachgang des Besuchs in Washington erfolgten Beitritt Syriens zur Internationalen Koalition gegen den IS wurde das neue Regime auch offiziell militärischer Partner der US-Regierung.

Auch im wirtschaftlichen Bereich hat sich der jetzt laufende Krieg bereits abgezeichnet. So hatten die US-Ölfirma Chevron, die UCC Holding aus Katar und die staatliche Syrian Petroleum Company (SPC) bereits im Dezember Vorverhandlungen mit Präsident Ahmed Al-Scharaa über die Nutzung der nun eroberten Ölfelder im Osten Syriens geführt. Im Dezember gaben Syrien und die Türkei eine Vereinbarung zur Stärkung der Zusammenarbeit im Energiebereich bekannt, die unter anderem die Wiederherstellung einer Gaspipeline zwischen Aleppo und der türkischen Stadt Kilis vorsieht. Schon am Tag nach der Eroberung des Ölfelds Al-Omar in der Region Deir Al-Sor verkündete der Chef der SPC bei einer Pressekonferenz, dass der US-Konzern Conoco Phillips wieder in syrische Gasfelder investieren werde, und auch andere US-Unternehmen, darunter Chevron, planten, in den syrischen Markt einzusteigen.

Mit dieser Rückendeckung verweigerte die Regierung in Damaskus die Ratifizierung des Abkommens zur Eingliederung der Selbstverwaltung, das am 4. Januar 2026 in Damaskus hätte unterzeichnet werden sollen. Statt dessen reiste am folgenden Tag eine syrische Delegation nach Paris, um dort unter US-Vermittlung die siebte Runde von Gesprächen über ein Sicherheitsabkommen mit Israel zu führen. Laut *Reuters* sollen Damaskus und Ankara bei diesem Treffen im Gegenzug zu der Anerkennung der israelischen Militärpräsenz im Süden Syriens grünes Licht für das militärische Vorgehen gegen die nordsyrische Selbstverwaltung bekommen ha-

ben. Israelische Vertreter dementieren diese Behauptung, doch tatsächlich begann bereits am 6. Januar der militärische Aufmarsch. Nur wenige Tage später erfolgte der Sturm auf die kurdischen Viertel in Aleppo.

Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass der US-Sondergesandte Tom Barrack am 20. Januar auf der Plattform X verkündete, »der ursprüngliche Zweck der SDF als wichtigste Anti-ISIS-Truppe vor Ort« sei »weitgehend hinfällig geworden«, weil Damaskus mit seinem Beitritt zur Internationalen Anti-IS-Koalition »eine Hinwendung zum Westen und die Zusammenarbeit mit den USA« signalisiere. Historisch sei die Zusammenarbeit mit den SDF aber gerechtfertigt gewesen, denn »zu diesem Zeitpunkt gab es keinen funktionierenden Zentralstaat, mit dem man hätte zusammenarbeiten können – das Assad-Regime war geschwächt, umstritten und aufgrund seiner Allianzen mit dem Iran und Russland kein brauchbarer Partner im Kampf gegen den IS«. Damit offenbart Tom Barrack den Charakter der Kooperation zwischen SDF und USA. Es hatte sich von Anfang an um eine taktische und temporäre Kooperation gehandelt.

Auf sich allein gestellt

Auch die am Samstag abend erwirkte Verlängerung des Waffenstillstandes um 15 Tage kann nicht garantieren, dass die Angriffe nicht in voller Härte fortgesetzt werden, wenn die USA ihre Operation zur Verlegung von 7.000 IS-Gefangenen in den Irak abgeschlossen haben. Es steht zu erwarten, dass die USA auch einem weiteren Vormarsch der Regierungstruppen und ihrer dschihadistischen Milizen grünes Licht geben werden. US-Präsident Trump kommentierte am Dienstagabend ein Telefongespräch mit dem syrischen Machthaber al-Scharaa mit den Worten, dass es in Syrien »sehr gut« laufe. So hält zur Stunde die Mobilisierung und Volksbewaffnung in den mehrheitlich kurdischen Gebieten Nordsyriens unvermindert an. Auch aus den anderen Teilen der kurdischen Siedlungsgebiete strömen weiterhin Freiwillige in die Reihen der Verteidiger. Es sind aktuell nur diese selbstorganisierte Verteidigung und die internationale Solidarität, die sich in den vergangenen Tagen in Form von Protesten und Demonstrationen Bahn gebrochen hat, die den Fortbestand der Selbstverwaltung sichern können. Der Westen jedenfalls scheint entschlossen, das demokratische Projekt seinem Schicksal zu überlassen. So ist es richtig und bitter zugleich, wenn am vergangenen Samstag der SDF-Kommandant Cemil Kobanî vor einer Menge im belagerten Kobani davor warnte, sich auf »ausländische Mächte« zu verlassen. »Unsere wirklichen Verbündeten finden sich nur in unseren eigenen Reihen«, rief er den Versammelten zu.

Unklar ist, welche Auswirkungen der Feldzug gegen Nordsyrien für den Friedensprozess in der Türkei haben wird. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK hatte während der Kämpfe um Aleppo verkündet, dass die offene Unterstützung der Türkei für die Offensive der syrischen Regierung »den Waffenstillstand untergräbt und den Friedensprozess sabotiert«. In der Türkei kam es in den vergangenen Wochen zu Massenprotesten und heftigen Straßenschlachten. Bei einem bewaffneten Angriff eines Anhängers der nationalistischen Regierungspartei MHP am Rande einer Demonstration wurde am 25. Januar ein 24-jähriger Kurde getötet. Sollten die syrischen Regierungstruppen zu einer Offensive auf die symbolträchtige Stadt Kobani ansetzen, könnten die Spannungen weiter eskalieren. Ob der Friedensprozess vor dem Hintergrund der Eskalation in Syrien abgebrochen wird, dürfte allerdings final von der Haltung Abdullah Öcalans abhängen.

■ Tim Krüger schrieb an dieser Stelle zuletzt am 22. und 23. Januar 2025 über die Geschichte Syriens: »Unter fremdem Einfluss« und »Ein Land für alle?«

■ Lesen Sie morgen auf den jw-Themaseiten:

Weg in die Weltinnenpolitik. Die Destruktion des Nationalstaats durch die USA

Von Marc Püschel



neten Kampfes und ihre Selbstauflösung bekannt, doch der Fortbestand der Autonomieverwaltung im Norden Syriens war von Anfang an ein Streitpunkt im Dialog zwischen Ankara und der kurdischen Bewegung. Öcalan hatte schon bei früheren Friedensgesprächen zwischen 2013 und 2015 unterstrichen, dass der Schutz der Errungenschaften im Norden Syriens eine »rote Linie« sei. Demgegenüber bestand und besteht Ankara darauf, dass Öcalans Aufruf zur Entwaffnung der PKK auch die mehrheitlich kurdischen Verbände im Norden Syriens umfassen müsse.

Auch in den weiteren Verhandlungen nach März 2025 versuchte die Türkei mit allen diplomatischen Mitteln, die Position der Selbstverwaltung zu schwächen. Während die SDF darauf beharrten, dass eine Eingliederung in die neu zu schaffenden syrischen Streitkräfte nur unter Wahrung ihrer organisatorischen Einheit erfolgen könne, drängten Damaskus und Ankara darauf, die SDF-Kämpfer als Einzelpersonen einzugliedern. Ungeachtet des Umstands, dass die Selbstverwaltung in den Verhandlungen stets versuchte, durch eine Einigung in den Fragen der zivilen Verwaltung, der gemeinsamen Kontrolle der Grenzen, der gemeinsamen Nutzung der reichlich vorhandenen Öl- und Gasreserven sowie des Bildungssystems eine Annäherung zu

allem die ununterbrochene Einmischung der Türkei, die eine Einigung verunmöglicht hat. So soll die Türkei den Rückzug der syrischen Regierung von den im August in der französischen Hauptstadt geplanten internationalen Gesprächen zwischen DAANES und der Regierung Al-Scharaa veranlassen haben. Eine Einigung vor den Augen der Weltöffentlichkeit hätte die Position der Selbstverwaltung maßgeblich gestärkt. Die syrische Regierung rechtfertigte ihren Rückzug mit vermeintlichen Beziehungen der Selbstverwaltung zu aufständischen alawitischen und drusischen Kräften an der syrischen Küste und im Süden des Landes. Tatsächlich dürfte aber nicht allein nur die Haltung der Türkei eine Rolle gespielt haben. Auch die Konsolidierung der Macht in den Händen der Regierung sowie die wachsende internationale Anerkennung haben die Verhandlungsposition der Zentralregierung gestärkt.

Angesichts der Geschichte und dem ideologischen Profil einer Organisation wie der HTS dürfte es keinen Zweifel geben, dass Al-Scharaa bei der Aufnahme der Verhandlungen vor allem aus politischem Kalkül heraus gehandelt hat. Während im März 2025 an der syrischen Küste ein alawitischer Aufstand gegen die neue Regierung ausbrach und marodierende Dschihadisten bei Strafexpeditionen